

**Landesversammlung  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen**  
8.-10. März 2013, Chemnitz, Mensa der TU Chemnitz



**Gegenstand:**

Schuldenbremse jetzt verankern.  
Verfassungsmodernisierung weiter vorantreiben

**Antragsteller:**

Uwe Kaettniß, Uwe Lehmann, Bert Meyer (alle KV  
Erzgebirge)

**Änderungsantrag**

**SB-1-001**

**Bemerkungen:**

**Abstimmung:**

Stimmen abgegeben: \_\_\_\_\_  
Gültig: \_\_\_\_\_  
Ja: \_\_\_\_\_ Nein: \_\_\_\_\_ Enth: \_\_\_\_\_  
Zurückgezogen:   
Modifizierte Übernahme:

- 1 Ersetze kompletten Text durch den hier nachfolgenden Text zu ersetzen:
- 2 „Schuldenbremse jetzt verankern – Verfassungsmodernisierung weiter voran treiben!
- 3 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen bedauern, dass die Chance einer umfassenden Modernisierung
- 4 und Anpassung der Verfassung an neue Entwicklungen und Herausforderungen des 21. Jahrhun-
- 5 derts von den anderen demokratischen Parteien im sächsischen Landtag nicht genutzt wurde: Die
- 6 SPD hat unsere Forderung nach einer Öffnung der Verhandlungen für Themen wie der Stärkung
- 7 der direkten Demokratie, der Informationsfreiheit und des Umweltschutzes als Staatsziel, nicht
- 8 unterstützt. Die LINKE war bereit – entgegen anfänglich geäußerter Bedingungen – auch einer
- 9 allein auf die Finanzverfassung beschränkten Änderung zuzustimmen. Das Handeln von SPD und
- 10 LINKE hat dadurch die Verhandlungsposition von Bündnis 90/Die Grünen entscheidend ge-
- 11 schwächt und es der CDU ermöglicht die Verhandlung um weitere Teile der sächsischen Verfas-
- 12 sungs sowie Veränderungen zur Herstellung von mehr Transparenz im Landeshaushalt zu blockie-
- 13 ren.
- 14 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen sind deshalb nicht zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis
- 15 zur Verfassungsänderung, wie es von den Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im
- 16 Landtag unterschrieben wurde.
- 17 Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass vor dem oben beschriebenen Hintergrund kein wei-
- 18 tergehendes Verhandlungsergebnis zu erzielen war.

19 Der Ausstieg der LINKEN aus dem weiteren parlamentarischen Verfahren zur Verfassungsände-  
20 rung schwächt die Verhandlungsmacht der demokratischen Oppositionsparteien zusätzlich. Damit  
21 wird auch das von der LINKE ausgehandelte Prinzip des sozialen Ausgleiches bei der Aufstellung  
22 des sächsischen Landeshaushaltes wieder zur Disposition gestellt.

23 Dennoch betrachten wir eine Modernisierung der Verfassung in den Themenfeldern, wie sie auch  
24 im Görlitzer Beschluss beschrieben sind, weiterhin als eine vordringliche Aufgabe.

25 Die Landesversammlung von Bündnis 90/die Grünen in Sachsen fordert deshalb die Grüne Land-  
26 tagsfraktion auf, konkrete Vorschläge aus unserer Agenda zur Verfassungsmodernisierung, insbe-  
27 sondere zur Stärkung der direkten Demokratie, der Informationsfreiheit und der Umweltstaatsziele  
28 zu erarbeiten und in das Parlament einzubringen.

29 Der gefundene Kompromiss zur Schuldenbremse ist für uns nicht das Ende, sondern ein erster  
30 Schritt der Verfassungsmodernisierung. Wir fordern die anderen demokratischen Fraktionen im  
31 Landtag auf sich einer umfassenden Modernisierung der Verfassung nicht zu verschließen, son-  
32 dern nach Kräften zu unterstützen.

33 Wir Bündnisgrüne setzen uns seit vielen Jahren für eine tragfähige, nachhaltige Haushaltspolitik  
34 ein. Die gesetzliche, auch verfassungsmäßige Verankerung einer Schuldenbremse ist dafür ein  
35 geeignetes Mittel, wenn diese so ausgestaltet ist, dass sie die finanzielle Handlungsfähigkeit des  
36 Landes in wirtschaftlichen Krisen, bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen  
37 sicher stellt.

38 Die Landesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen stellt dazu fest,

39

40 • dass diese Konjunkturkomponente als fakultative Möglichkeit im vereinbarten Kompromiss  
41 zur Verfassungsänderung enthalten ist,

42

43 • dass diese, wie auch die weiteren Änderungen der sächsischen Verfassung, die zwischen  
44 den Vorsitzenden der demokratischen Landtagsfraktionen vereinbart wurden grünen  
45 Grundsätzen, Beschlüssen und Programmaussagen nicht widersprechen,

46

47 • dass gemäß dem Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen das Konnexitätsprinzip zwischen  
48 Freistaat und Kommunen in die Vereinbarung aufgenommen wurde, denn die Schulden-  
49bremse für den Landeshaushalt darf nicht zu Lasten der Finanzausstattung der Kommunen  
50 gehen.

51

52

53 Die Landesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt daher der Grünen Fraktion im  
54 Landtag dem vereinbarten Kompromiss zur Verfassungsänderung zuzustimmen und fordert  
55 darüber hinausgehend die Fraktion auf, im weiteren parlamentarischen Prozess auf die nötigen  
56 Klarstellungen und Nachbesserungen hinzuwirken.“